

die Regel, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils hälftig in die Kasse einzahlen und nicht nur 45 Prozent, wie es der Regierungsvorschlag vorsieht. Übrigens: Bis 2008 mussten die Versicherten der PVS die Hälfte der Beiträge einzahlen. Warum soll das jetzt unzumutbar sein, wie es uns die «IG-Pfründe sichern» versuchen weiszumachen? Diskutieren Sie mit uns auf unserer Facebook-Seite. Oder besuchen Sie uns auf pensionskasse-win-win.li.

Nikolaus Frick

Rüfestrasse 5, Vaduz

Verhältnisblödsinn im Sparwahnsinn

Schlagzeilen im «Vaterland» vom 22. April – «In Triesen schliesst ein Kindergarten» (Sparzwang) und vom 23. April – «Eine halbe Million für Auftritt am Sechseläuten».

Damit wäre eigentlich schon alles gesagt! Jedoch – es brennt mich dermassen, dass ich nicht umhinkomme, mir das Szenario genauer vorzustellen: winkende Trachtenfrauen am Umzug, angeführt von Blumenstreuenden Kindern. Sie alle folgen einem Transparent mit dem Aufdruck «Liechtenstein». An einem Stand «Malbesser» verteilt, dazu Bilder vom verschneiten Malbun – leuchtende Gipfelkreuze über dem Flachlandnebel ... vielleicht noch eine Ansprache gefällig? Aber sicher doch. Das wird dann den

Zürchern sehr gefallen!

Wenn es dem Böög endlich den Bölli verjagt hat, war der Tag lang und so mancher wird sich in einem der Sternehotels darob erholen müssen. Fahren ist ja nicht mehr drin. Die halbe Million ist damit sehr sinnvoll ausgegeben. Man erwartet nun ja den Gegenbesuch in unser fremdes Land.

Nun, ich bin sicher, die Organisatoren haben sich was besseres einfallen lassen. Natürlich drängt sich dann die Frage nach der Verhältnismässigkeit auf. Wie viel Sinn mehr hätte es wohl gemacht, den Kindergarten damit am Leben zu erhalten? Vielleicht werden die Zürcher sagen: «Dia händ's aber.» Andere werden fragen: «Händ die noch alli?»

Walti Roth

Dorfstrasse, Triesen

Abänderung des Religionsgemeinschaftengesetzes

Ein Abschnitt im Religionsgemeinschaftengesetz, der meines Erachtens abgeändert werden müsste, ist derjenige zur Kirchenfinanzierung. Es kann doch nicht sein, dass einerseits mit dem Hinweis auf die Lage des Staatshaushalts an allen Ecken und Enden gespart wird, andererseits sich der Staat ohne Not dazu verpflichtet, Religionsgemeinschaften zu finanzieren! Auch muss der Religionsunterricht an staatlichen Schu-